

Bundesministerium für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend  
z.Hd. Frau Ministerin von der Leyen

11018 Berlin

**Betr.: Jungenfeindliche Aussage des BMFSFJ  
- Offener Brief**

Sehr geehrte Frau Ministerin von der Leyen,

wir möchten uns in aller Form über die Aussage Ihres Staatssekretärs Herrn Hoofe beschweren, die er anlässlich der Vorstellung der Poster-Kampagne „Coole Jungs“ von sich gab. Er sagte wörtlich: „Das Problem sind die Jungs.“

In dieser pauschalen Form ist die Aussage jugenddiskriminierend. Wir halten sie gerade deshalb für einen Staatssekretär des Bundesjugendministeriums für unpassend.

Wir möchten darauf hinweisen, dass es auch das Bundesjugendministerium war, das Jungen von Beginn an gezielt und bewusst aus dem Zukunftstag ausgrenzte. Erst im Jahr 2005 war die Politik auf Druck der Öffentlichkeit bereit, mit dem Projekt „Neue Wege für Jungs“ auch ein Angebot für Jungen bereit zu stellen. Trotz dieses Projekts sind auch heute noch 14 von 16 Bundesländern nicht bereit, Jungen eine gleiche Teilhabe am Zukunftstag zu gewähren. Und die beiden Bundesländer, die mittlerweile Jungen eine gleiche Teilhabe gewähren, Brandenburg und Niedersachsen, werden dafür auf das Schärfste angegriffen z.B. von den Gewerkschaften.

Durch das Projekt „Neue Wege für Jungs“ ist die Möglichkeit geschaffen, gemeinsam mit dem Girls-Day-Projekt endlich eine gleiche Teilhabe von Mädchen UND Jungen am Zukunftstag zu realisieren. Es scheitert bislang nur am Willen der politisch Verantwortlichen. So bleiben in vielen Schulen Jungen am Zukunftstag ausgegrenzt, während sich Mädchen in der Praxis neue Berufsfelder anschauen dürfen.

Auch die über 600 gewählten Abgeordneten des deutschen Bundestages sind in dieser Hinsicht ungeeignete Vorbilder für unsere Jugendlichen. Sie öffnen Mädchen am Zukunftstag die Türen des Bundestages, verschließen sie aber den Jungs, obwohl es im Bundestag genügend männeruntypische Arbeitsplätze gibt, z.B. im Dienstleistungsbereich, im Bereich der Bürokommunikation oder im Kindergarten des Bundestages.

Das Problem sind also nicht die Jungen, sondern Politikerinnen und Politiker, die mit ihrer Geschlechterpolitik noch auf dem Stand der 80er Jahre zurück geblieben sind.

Weiterhin kritisieren wir die ausgewählten Schwerpunkte der Plakataktion. Sie problematisiert die Jungs, ohne auf deren Probleme einzugehen. Wir hatten gehofft, dass die Zeiten, in denen Jungenpolitik sich in Beschämung und Zurechtweisung erschöpft, vorbei sind.

Unter dem Plakat "Geh mir nicht an die Wäsche" hätten wir eine Ermutigung der Jungen erwartet, bei Gewalterfahrung oder Anzeichen auf sexuellen Missbrauch schneller Vertrauenspersonen zu kontaktieren. Statt dessen geht es um Hausarbeit. Wir halten es für richtig, Jungen zu mehr Selbstständigkeit im Haushalt zu erziehen, aber hier werden u.E. die Prioritäten falsch gesetzt.

Politiker und Politikerinnen weisen regelmäßig darauf hin, dass es zu wenig männliche Erzieher und Grundschullehrer gibt. Hier wäre eine Möglichkeit gewesen, dieses Problem zu thematisieren. Trotzdem fehlt in einer Berufswahlkampagne ein Plakat "Jungen werden Lehrer". Dies ist unverständlich.

In einem Projekt, das die soziale Kompetenz von Jungen stärken will, vermissen wir zudem ein Plakat wie z.B. "Jungen sagen nein". Eine Ermunterung, „nein“ zu Drogen und Alkohol zu sagen. Es ist bekannt, dass es viel Courage für einen Jungen erfordert, dem Gruppendruck in der Peer-Group standzuhalten und solchen Drogen zu entsagen. Dieser Mut, gegen den Willen anderer zu seiner Überzeugung zu stehen, ist eine wichtige Basis für soziale Kompetenz. Die Jungen könnten hier eine Unterstützung von uns Erwachsenen gebrauchen. Sie bleibt aber aus.

Außerdem vermissen wir z.B. ein Plakat "Jungen lesen". Die schlechte Leseleistung der Jungen ist bekannt, und ebenso ist auch bekannt, dass diese schlechte Leseleistung mit der geringeren Lesemotivation von Jungen zusammen hängt. Trotzdem blendet man dieses Thema aus.

Fazit: Es bleibt der Nachgeschmack, dass es letztlich doch wieder nur um Frauenentlastung geht. Den Jungen würde es leichter fallen, auf solche Aktionen einzugehen, wenn sie ihnen um ihrer selbst willen angeboten würden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Dr. Bruno Köhler

Jungenpolitischer Sprecher MANNdat e.V. – geschlechterpolitische Initiative

Hinweis: Dieses Schreiben wird u.a. in verschiedenen Foren im Internet veröffentlicht. Eventuelle Rückantworten von Ihnen werden wir ggfs. ebenda veröffentlichen.